

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Bankkonto: Geh. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Brungelohn monatlich 2,75 M., durch Post bezogen vierteljährlich 8,25 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 12,00 M. Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm. Anzeigenpreis: die 5-spaltige Nonpareilzeile 1,30 M., Familienanzeigen 1,00 M., die 3-spaltige Reklamzeile 4,80 M., einschließlich Zinsensteuer. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Inserate sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefportozahlung 20 Pf.

Nr. 26 Dresden, Montag den 2. Februar 1920 31. Jahrg.

## Der neue Nachbar

Im Drange der Ereignisse haben wir beinahe eine Lücke vergessen, die für uns möglicherweise noch von großer Wichtigkeit werden könnte, nämlich, daß unser Nachbarland Polen sich noch immer im Krieg gegen Rußland befindet. Dieser Krieg hat sich die längste Zeit zwischen Leben und Sterben hingehalten, jetzt aber ist die Frage brennend geworden, ob er durch einen förmlichen Frieden abgeschlossen werden oder erst jetzt in voller Wucht ausflammen soll. Die Sowjetrepublik hat jetzt auf ihrem Gebiet keinen ernstlichen militärischen Gegner mehr zu bekämpfen, sie steht jetzt mit einer Macht, die sie selber jedenfalls etwas großsprecherisch mit 2½ Millionen Mann angibt, fast ausschließlich gegen Polen, und ihre Anführungen einer großen Februaroffensive, die kein anderer als der berühmte Korpschefgeneral Brusilow kommandieren soll, wechseln mit Erklärungen, daß man zum Abschluß eines billigen Friedens bereit sei. Die Entschcheidung zwischen Krieg und Frieden ist wieder einmal auf des Messers Schneide gestellt.

Sinter Polen steht die Entente. Oder eigentlich muß man jetzt sagen der Völkerbund, dem Polen als Mitglied angehört. Die Völkerbundsakte belegen, daß bei einem Streit zwischen einem Bundesmitglied und einem Nichtmitglied der Völkerbund zu intervenieren und zu entscheiden hat. Fügt sich einer der beiden Teile der Entscheidung nicht, so kann die Exekution durch Blockade oder militärische Maßnahmen erfolgen, wobei alle Bundesmitglieder Hilfe zu leisten haben. Polen wird wieder Frieden schließen, nach dem Krieg wieder aufnehmen ohne die Zustimmung der Entente, Verletzung des Völkerbundes. In London und Paris wird entschieden, was in der nächsten Zeit zwischen Polen und Rußland werden soll.

Deutschland ist bei dieser Entscheidung nur Zuschauer, aber kein uninteressierter. Nehmen wir einmal an, der Krieg zwischen Rußland und Polen käme wirklich noch einmal in vollen Gang. Dann wird die Entente Polen zu Hilfe zu kommen suchen, der Weg dazu führt aber durch Deutschland. Deutschland wird dann vor die Frage gestellt sein, ob es sich zur Operationsbasis für den Kampf der Entente gegen Rußland hergeben soll.

Nehmen wir an, daß Rußland siegt. Dann wird Polen, das in seinen Großstädten, Warschau und Lodz, starke bolschewistische Zentren besitzt, bolschewistisch werden. Der russisch-bolschewistische Machtbereich wird sich dann bis an die deutsch-polnische Grenze erstrecken, von der in ihrer neuen Gestalt Berlin in kürzester Zeit zu erreichen ist. Dittreiben wird von dem bolschewistischen Rußland-Polen vollkommen eingeschloffen sein. Was dann? Deutschland soll nach dem Friedensvertrag nicht mehr als hunderttausend Mann unter Waffen halten, alle nicht für den Gebrauch der Reichswehr notwendigen Waffen abliefern, und Frankreich kann gar nicht erwarten, daß diese Abrüstung bis zu Ende durchgeführt ist, was ja nach dem Friedensvertrag bis zum 31. März d. J. geschehen soll. Deutschland stände dann völlig entwaffnet einer Macht gegenüber, die ihm nicht gerade freundlich gesinnt ist, die sich nicht für gebunden an irgendwelche Friedensverträge hält und die selber ihre Stärke auf 2½ Millionen Gewehre angibt.

Was folgt daraus? Sieht man von allen moralischen Erwägungen ab und urteilt man aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen, so wird man zu dem Ergebnis kommen, daß Deutschland im russisch-polnischen Kriege die vollkommenste Neutralität bewahren muß und daher einen Durchgang von Entente-Truppen durch Deutschland nicht gestatten kann. Ein entwaffneter Staat darf einen bis an die Zähne bewaffneten nicht durch unfreundliche Handlungen herausfordern. Würde Deutschland eine unneutrale Haltung einnehmen, so wäre dadurch noch nicht die Niederlage Rußlands gesichert, wohl aber für Rußland ein Grund gegeben, Deutschland als eine feindliche Macht zu behandeln. Dieser Möglichkeit darf sich Deutschland nicht anstellen.

Wäre nicht schon dieser Grund durchschlagend, so würden auch die Erwägungen, die Deutschland im Baltikum gemocht hat, zur größten Vorsicht mahnen. Deutschland wollte zunächst seine Truppen aus dem Baltikum zurückziehen, dies wurde ihm jedoch von der Entente verboten, die die deutschen Truppen als Kanonensfutter gegen Rußland zu gebrauchen gedachte. Als sich die diplomatische Situation änderte, wurde Deutschland in hohem Ton aufgefordert, seine Truppen nun doch zurückzuziehen, woraus sich die bekannten äusser- und innerpolitischen Schwierigkeiten ergaben. In einem ähnlichen Spiel von noch größerem Umfang in Polen dürfte sich Deutschland nicht hergeben.

In dieser neuen verfahrenen Situation tritt deutlich der Wahnsinn eines Friedensvertrages zutage, der ein großes Volk entwaffnet, ohne ihm irgendeinen Schutz gegen keine nicht entwaffneten Nachbarn zu garantieren, der die Völker Europas in zwei Klassen scheiden will, die Herrenvölker, die zu belohnen, und die Knechtvölker, die zu gebordeln haben. Der einzige mögliche Ausweg wäre der, daß alsbald eine Konferenz sämtlicher Regierungen Europas einschließlich der Moskauer einberufen wird, um auf dem Fuße voller Gleichberechtigung zu beraten, wie der Frieden im Osten und die wirtschaftlichen Beziehungen wieder hergestellt werden können. Dann könnte es zu einem gemeinsamen Vorgehen kommen, mit Rußland, wenn Rußland nicht will, gegen Rußland. Aber daß Deutsch-

land ohne jede Garantie dafür, was dabei aus ihm selber wird, sich zum Trostrecht fremder Mächte hergeben könnte, davon kann gar keine Rede sein.

Die moralische Frage, ob sich Deutschland überhaupt an einer Aktion gegen Rußland beteiligen könnte, ist in diesen Betrachtungen absichtlich ganz außer acht gelassen. Denn erst wenn man von ihr abliest, erkennt man den protesten Jut der ganzen Entente, die von wahrer Furcht vor dem Bolschewismus geschüttelt ist und die dabei doch alles tut, um den Bolschewismus sobald wie möglich bis an die französische Grenze zu tragen. Sie hat noch nicht begriffen, daß man Deutschland vernünftig behandeln muß, wenn man nicht den Bolschewismus fördern will.

### Der russisch-polnische Krieg

London, 1. Februar. Asquith erklärte in seiner Rede in Paisley, es sei die Pflicht des Liberalismus, für die Entwaffnung des Völkerbundes zu wirken. Die erste Aufgabe des Völkerbundes sollte die Revision der territorialen Bestimmungen des Pariser Vertrages sein. Weiter sagte Asquith, die internationale Lage erfordere vor allem die Wiederherstellung des Friedenszustandes und die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland. Asquith trat für die Berufung einer internationalen Wirtschaftskonferenz aller vom Kriege mitgenommenen Staaten ein.

Das Pariser Blatt *Internationale* sagt: Ein neuer Wind weht in Bezug auf die Stellung gegenüber dem Sowjet als wehen. Soll Polen, so fragt man sich jetzt, mit dem Sowjet Frieden schließen und soll man ihnen dann folgen? Der Populäre glaubt zu wissen, Sowjetrußland habe Polen von neuem den Frieden angeboten.

Demgegenüber stehen die Behauptungen, die der polnische Minister des Auswärtigen Piel in Wien auf der Durchreise von London machte. Er kündigte die Ablehnung des Friedensangebotes Sowjetrußlands an Polen an und erklärte, der Krieg mit Sowjetrußland müsse so lange geführt werden, bis Polen auch seine Ziele erreicht habe.

Dies erinnert an eine Lektion, die bei uns vielfach vergessen wird. Man hat sich im Westen daran gewöhnt, im Kampf gegen Sowjetrußland einzig den Kampf der Demokratie gegen die Diktatur des Bolschewismus zu sehen. Diese Betrachtungsweise ist hinsichtlich des Krieges gegen Rußland in erster Linie ein nationaler Krieg. Er ist der Kampf gegen den Russen, nicht gegen den Bolschewisten.

Politisch und national verfolgen die Polen in ihrem Kampfe gegen Rußland zwei Ziele: die Sicherung der Selbstständigkeit Polens und die Befreiung aller von Polen bewohnten Gebiete. Es zeigt sich, daß die Ablehnung der Polen gegen Rußland mit dem Sturz des Bolschewismus nicht geschehen ist, weil ihr Zieltrauen den Russen als solchen gilt. Sowjetrußland werden hier vielfach nicht minder imperia-

litische Tendenzen zugesprochen als dem früheren Reich des weißen Zaren.

Dazu kommt, daß die Polen ihren Gebiet auch einen sehr erheblichen Teil der russischen Einflüsse wünschen. Die Friedensverträge von Versailles und St. Germain haben bekanntlich die Grenzen Polens nur im Besten festgelegt und die Grenzen gegen Osten werden erst in dem künftigen Frieden mit Rußland gezogen werden. Nun gehen die Polen nicht so weit, ihre Republik auch im Osten den vollen Umfang des früheren Sowjetrußlands wieder geben zu wollen, weil sie dann die Grenze ungefähr bei Aleso ziehen müßten. Aber die Karte, die Herr Tomasz, der polnische Delegierte zur Friedenskonferenz in Paris, überreichte, hat die künftigen Grenzen der Russen herangezogen und selbst jene, die bei der Inkraftsetzung ethnographischen Verhältnisse in Weßrußland die Grenze dort ziehen wollten, wo sich die Katholiken von den rechtmäßigen Besitzern scheiden, erklärten, daß von den Russen beanspruchte Polina sowie Kurland und Nowgorod als unabwendbare Ziele der polnischen Politik.

### Die Protration wird gekürzt!

Wie wir nach Nachfrage vom Landeslebensmittellamt erfahren, wird die Protration ab 8. Februar, trotz den bisherigen gegenseitigen Versicherungen, herabgesetzt. Statt 200 Gramm wird es von nun an nur noch 200 Gramm geben, also wiederum nur noch 1400 Gramm Mehl oder 1900 Gramm Brot. Sachsen wird sich bemühen, vier Pfund Brot wöchentlich zu verteilen, jedoch kann es dafür keine Gewähr geben.

### Die internationale Arbeitskonferenz

(Eigene Drahtung.)

Paris, 2. Februar. Ueber die Ergebnisse der internationalen Arbeitskonferenz in Paris äußert sich der deutsche Delegierte Legien sehr befriedigt. Insbesondere rühmt er das Verhalten der französischen Genossen Jouhaux und Thomas, mit denen er sich, obwohl beide seiner Ansicht nach als Nationalsozialisten zu bezeichnen sind, die Möglichkeit eines engeren Gesamtverständnisses verbirgt. Der Vertreter mit den französischen Sozialisten nimmt allmählich freundlichere Formen an, was sich nach Legiens Ansicht auch darin geäußert habe, daß der zweite deutsche Delegierte V. Steiner von Jouhaux zum Frühstück eingeladen wurde. Legien schloß daraus, daß die Annahme falsch ist, daß die französischen Sozialisten grundsätzlich ein Zusammengehen mit den Reichssozialisten ablehnen und nur ein solches mit den Unabhängigen wünschen. Was die Haltung der französischen Sozialisten gegenüber der dritten Internationale betrifft, glaubt Legien, über der dritten Internationale nicht zählen und daß starke Strömungen gegen diesen Anstich beständen. Obwohl die internationale Arbeitskonferenz bereits geschlossen ist, verbleiben Legien und Steiner bis Sonntag in Paris, um mit den Genossen privatim zu verhandeln.

## Koste für die Landarbeiter

Wie uns vom Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter mitgeteilt wird, sind die Verhandlungen über einen neuen Lohnvertrag im Dresdner und Gauhner Bezirk nicht, wie gemeldet, gescheitert, sondern nur vertagt worden. Am Dresdner Bezirk werden die Verhandlungen am Mittwoch den 4. Februar unter Mitwirkung des Arbeitsministeriums wieder fortgesetzt. Das gleiche werde im Gauhner Bezirk für die nächsten Tage erwartet. Auch die im Leipziger Bezirk gescheiterten Verhandlungen würden in Kürze wieder aufgenommen werden. Man könne durch diese Verhandlungen auf eine Einigung in der sächsischen Landarbeiterbewegung hoffen.

Es wäre nur zu wünschen, daß sich diese Hoffnungen erfüllen und daß auch im übrigen Deutschland jede Gefährdung der landwirtschaftlichen Erzeugung durch Verhandlungen ausgeschlossen würde. Leider sieht es in dieser Beziehung aber in verschiedenen deutschen Landesteilen recht trübe aus. Besonders sind es die pommerschen Agrarier, die, wie schon im vorigen, so auch in diesem Jahre wieder durch geradezu verbroderliche Provokationen Konflikte mit den Landarbeitern leidiertig vom Zaun brechen. Das geschieht durch das auf großen Gütern neuerdings in Erscheinung getretene System der Kündigungen ganzer Familien. Wie dem Vorwärts dazu noch unterrichtet Seite geschrieben wird, ist in einer ganzen Reihe von Kreisen der Regierungsbezirke Stettin und Stettin Arbeiterfamilien und Einzelarbeiter getrennt worden, die 10, 20, 30 und mehr Jahre auf einem und demselben Gute beschäftigt waren. Es befinden sich darunter Kriegsteilnehmer, Invaliden und Familienväter. Besonders in Pommern sind Kündigungen häufig, namentlich in den Kreisen Anklam, Regenwalde, Pelsard, Schivelbein, in den Kreisen Anklam, Regenwalde, Pelsard, Schivelbein, in den Kreisen Anklam, Regenwalde, Pelsard, Schivelbein, in den Kreisen Anklam, Regenwalde, Pelsard, Schivelbein. Pelsard sogar 172 Familien die Kündigung zugeht.

Gegen dieses unverantwortliche, die Landarbeiter erbitternde und aufreizende und die notwendige Steigerung der

landwirtschaftlichen Erzeugung lähmende Treiben der pommerschen Agrarier gab der Reichswehrminister Koste als Angehöriger der vollziehenden Gewalt dem Militärbevollmächtigten folgende Anweisung:

„Die Massenabfertigung von Landarbeitern in der Provinz Pommern würde sich zu einer sehr ernstlichen wirtschaftlichen und politischen Gefahr aus. Die Entlassung Tausender von Arbeitern, die beinahe durch unerschöpfliche Ernteerträge der Provinz eine Gefährdung lebenswichtiger Betriebe darstellt, muß dazu führen, die unzulängliche Ernährung der Bevölkerung im nächsten Jahre weiter zu verschlechtern. Aber auch die Ruhe und Ordnung im Lande wird ernstlich gefährdet. Sächsischen Arbeiterfamilien werden in die Stadt Strömen müssen, wo die Wohnungsnot schon erschreckenden Umfang angenommen hat. Familien, die keine andere Arbeitstätte finden, werden sich weigern, abzuweichen. Daraus müßten gefährliche Konflikte entstehen, die sich bis zu blutigen Ausschreitungen steigern können. Die erfolglosen Massenabfertigungen sind daher von Ihnen als unzulässig zu erklären. Entlassungen von Landarbeitern sind nur zulässig bei Nachweis zwingender Gründe vor einem Schlichtungsausschuß. Wegen der Beziehung der Differenzen zwischen dem Land- und der Arbeiterorganisationen sind mit größter Beschleunigung von Ihnen Verhandlungen einzuleiten, über den Verlauf der Dinge ist mir fortlaufend Bericht zu erstatten.“

### Die Bewegung im sächsischen Bergbau

Im Zugaun-Delsnitzer Kohlenrevier rücken zum Schutze der Gruben und der Arbeiter, die sich dem Terror der kommunistischen Straßengewalt nicht weigern wollen, Truppen ein. Nach der Besinnung der Hauptstreikführer herrscht im Kohlengebiet Ruhe, so daß man hofft, doch am Montag früh die Arbeit vollumfänglich aufgenommen werden wird. Der neue Tarif zwischen dem Bergbauverein für Zugaun und Delsnitz und dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands sowie dem christlichen Gewerkschaften ist mit Wirkung vom 1. Februar zum Abschluß gekommen.

Zu dem drohenden Streik auf den Delsnitzer Gruben wird gemeldet, daß die Verhandlungen zwischen der Bergarbeiter- und den Arbeitern noch im Gange sind. Man